

21. Februar 1974: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU Über die Beratungen mit der Führung der DDR zu Fragen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD*

1. Gen. A. A. Gromyko ist der Auftrag zu erteilen, im März d. J. in Moskau Unterredungen mit den deutschen Freunden zur Frage der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu führen.

2. Der Entwurf der Weisungen für die Durchführung der Beratungen ist unter Berücksichtigung der bei der Sitzung des Politbüros des ZK vorgenommenen Korrekturen zu bestätigen (Anlage).

Geheim

Text der Weisungen für die Beratungen mit den deutschen Freunden zur Frage der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD**

Bei den Beratungen ist von Folgendem auszugehen:

1. In Moskau wurden die von den Freunden übermittelten Überlegungen zur Frage der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD einer eingehenden Analyse unterzogen. Die entsprechenden Dokumente der Freunde wurden auf Grundlage der zwischen unseren Ländern abgestimmten, langfristigen Linie zu den deutschen Fragen erstellt. Wir sind gänzlich damit einverstanden, dass die Politik der DDR gegenüber der BRD vor allem zur Lösung der Hauptaufgabe beitragen muss, nämlich der Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in der Republik. Die enge Verknüpfung dieser Politik mit der allgemeinen politischen und Klassenstrategie der sozialistischen Bruderländer in der Frage der Schaffung stabiler Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa erweist sich als absolut gerechtfertigt.

Wir gehen mit den deutschen Freunden darin konform, dass die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD als Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftssystemen einzig und allein auf den Prinzipien einer friedlichen Koexistenz basieren können. Zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD kann es keinerlei „besondere“ Beziehungen geben.

2. Wir teilen die von den Freunden vorgenommene Einschätzung der langfristigen Zielsetzungen der regierenden Kreise der BRD in Bezug auf die DDR und sind ebenfalls der Meinung, dass man sich Versuchen der Realisierung dieser Ziele mit äußerster Entschiedenheit zu widersetzen habe. Eine konsequente Umsetzung der auf dem VIII. Parteitag der SED bestätigten Linie in Richtung einer weiteren sozialklassenbezogenen, wirtschaftlichen und nationalen Abgrenzung zur BRD erweist sich als gänzlich berechtigt. Aus diesem Grund sind wir ebenfalls der Meinung, dass eine von der BRD ausgehende bedingungslose Achtung der Positionen der DDR als einem unabhängigen und souveränen Staat und die Einhaltung der Normen des internationalen Rechts eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Unterhaltung normaler gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und Westdeutschland darstellen.

3. Ein Verbinden einer konsequenten Linie des Abgrenzens gegenüber der BRD bei gleichzeitiger Unterhaltung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen mit diesem Land ist natürlich kein einfaches Unterfangen. Aus taktischer Sicht wäre es in der gegenwärtigen Phase der Verhandlungen mit

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 601, S. 3-5. – Briefbogen des ZK der KPdSU. Streng Geheim. Protokoll Nr. 126 der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU vom 21. Februar 1974. Punkt 4, vorbereitet und vorgelegt von Gen. Brežnev, Podgornyj, Kosygin, Kirilenko, Suslov, Ponomarev, Katušev. Teilnehmer: Vorsitzender Gen. L. I. Brežnev, die Mitglieder des Politbüros: Gen. Ju. V. Andropov, A. A. Grečko, V. V. Grišin, A. P. Kirilenko, A. N. Kosygin, F. D. Kulakov, K. T. Mazurov, A. Ja. Pel'se, N. V. Podgornyj, D. S. Poljanskij, M. A. Suslov, A. N. Šelepina, die Kandidaten des Politbüros: Gen. P. N. Demičev, B. N. Ponomarev, die Sekretäre des ZK: Gen. V. I. Dolgich, K. F. Katušev.

** Ebd., S. 16–18. – Anlage zu Punkt 4 des Prot. Nr. 126.

der BRD vorteilhaft, die Frage über den Austausch ständiger Vertretungen, natürlich auf einer für die DDR akzeptablen Grundlage, zu lösen, wodurch die eigenstaatlichen Positionen der DDR eine Stärkung erfahren würden. Es wäre wohl auch sinnvoll, auch jene Fragen zu regeln, deren Lösung mittlerweile möglich erscheint (Abkommen über nicht kommerzielle Verrechnungen, den Post- und Fernmeldeverkehr, zum Sport u. Ä.).

Eine den Interessen der DDR und den Interessen des Sozialismus gerecht werdende sowie auf einer prinzipiellen Grundlage fußende Lösung der genannten Fragen würde die Bereitschaft der DDR zu einer Normalisierung der Beziehungen mit der BRD demonstrieren und der Außenpolitik der DDR spürbare Pluspunkte bringen. Ein Fortschritt in den Verhandlungen zwischen den zwei deutschen Staaten würde sich auch auf den Verlauf der Dinge rund um die gesamteuropäische Konferenz, die gegenwärtig in die wichtige Phase der konkreten Ausarbeitung von Dokumenten zur Tagesordnung der Konferenz eingetreten ist, positiv auswirken. Über die Bedeutung dieses großen internationalen Ereignisses braucht man wohl keine Worte zu verlieren. An einem erfolgreichen Abschluss der Konferenz sind alle sozialistischen Länder interessiert.

Eine Reihe von Abkommen mit der BRD, über die gegenwärtig Verhandlungen laufen, könnte man zu einem späteren Zeitpunkt abschließen und dafür zeitlich das Jahresende 1975 oder die erste Hälfte des Jahres 1976 ins Auge fassen, um dadurch der regierenden Koalition von SPD und FDP eine mögliche Unterstützung für die im Jahre 1976 bevorstehende Bundestagswahl zukommen zu lassen.

Wie die deutschen Freunde, so sind auch wir der Meinung, dass man bei der Nutzung des Mechanismus von politischen Beratungen zwischen der DDR und der BRD, die im Grundlagenvertrag [1972] vorgesehenen sind, sowie auch bei einigen anderen Kontakten, etwa auf parlamentarischer oder kommunaler Ebene, Vorsicht an den Tag legen sollte, um Bonn keine Hintertüren für den Aufbau „innerdeutscher Beziehungen“ zu bieten. Außer Diskussion steht auch die für diesen Zweck vorgesehene sorgfältige Kontrolle aller zwischenbehördlichen Verbindungen mit der BRD durch das Außenministerium der DDR. Wir teilen auch den wohlüberlegten Zugang der deutschen Freunde zur Frage des Abschlusses eines Kulturabkommens mit der DDR, der die gesamte Komplexität dieses Problemfeldes berücksichtigt.

4. In Bezug auf das von den Freunden für das Jahr 1975 geplante Treffen auf höchster Ebene (Erich Honecker und Willy Brandt) gilt es zu betonen, dass die Idee einer solchen Zusammenkunft zweifellos Aufmerksamkeit verdient. Sollte die Entwicklung der Ereignisse für einen solchen Schritt sprechen, wäre es wohl notwendig, einen für die Wahrung der Interessen der DDR günstigsten Augenblick für ein solches Treffen zu wählen. Zu dieser Frage könnte man einen zusätzlichen Meinungsaustausch vornehmen.

5. Es gilt, die Bedeutung von Koordination und einheitlichem Handeln der UdSSR und der DDR gegenüber der BRD und Westberlin zu betonen. Ein enges Zusammenwirken der Sowjetunion und der DDR in den deutschen Angelegenheiten hat, wie die Erfahrung von beinahe einem Vierteljahrhundert zeigt, stets auf die effizienteste Art und Weise eine Sicherstellung der Interessen der sozialistischen Länder ermöglicht und die Möglichkeiten der BRD zum Manövrieren und für die Erlangung von einseitigen Vorteilen, nach denen die revanchistischen Kreise Westdeutschland ununterbrochen und aktiv streben, erheblich eingeschränkt. Unter den neuen Bedingungen, d. h. nach dem Abschluss der Verträge der UdSSR, der DDR und anderer sozialistischer Staaten mit der BRD, gewinnt diese Aufgabe noch an Aktualität.

Zu verweisen ist auch auf die Wichtigkeit einer Koordinierung der Handels- und Wirtschaftspolitik der UdSSR und der DDR gegenüber der BRD und Westberlin mit dem Ziel einer gemeinsamen Nutzung der neuesten industriellen und wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der BRD für die Interessen der Wirtschaft unserer Länder.

Wir gehen davon aus, dass zwischen unseren Ländern auch zukünftig die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Beratungen zu allen aktuellen Fragen der Beziehungen mit der BRD stattfinden und die entsprechenden, unseren gemeinsamen Interessen dienenden Schritte abgestimmt werden.

6. Bei den Beratungen sind die deutschen Freunde über die allgemeinen internationalen Problemfelder und die außenpolitische Linie der Sowjetunion zu informieren.

7. Sollte es erforderlich sein, ist unter Berücksichtigung des Erörterungsgrades der entsprechenden Fragen seitens der DDR auch ein Meinungsaustausch zu aktuellen praktischen Fragen vorzunehmen, die mit dem Abschluss von Abkommen zwischen der DDR und der BRD zu konkreten Fragestellungen in Zusammenhang stehen.